

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
Leitung-Nr.: LH-16-10001

Vorhabenträger:

TRANSNET BW

Ersteller:



ILF Consulting Engineers Austria GmbH:
Feldkreuzstraße 3
6063 Rum bei Innsbruck
Österreich

DokumentenzahlNr.: SLPS-ICE-001480-MA-DEU

Planfeststellung

**Planfeststellungsabschnitt E2
von km 0+000 bis 79+525**

Unterlagen nach § 21 NABEG

PLANÄNDERUNG I

Teil K02

Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen

00	28.04.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	Stefanie Garnitschnig	David Bösch	Martin Pehm
01	02.06.2025	PLANÄNDERUNG I	Marie-Luise Contala	Franziska Fieg	Christoph Ladenhauf
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Tabellenverzeichnis.....	2
Anhang- und Anlagenverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Einleitung	4
1.1 SuedLink	4
1.2 Einordnung.....	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
1.4 Rechtlicher und fachlicher Rahmen.....	5
1.5 Datengrundlagen.....	6
2 Anträge zur Gewässerbenutzung nach §§ 8 ff. WHG (nicht in das Planfeststellungsverfahren einkonzentriert)	7
3 Unterlagen zur Verbotsbefreiung nach §§ 52 ff. WHG (einkonzentriert)	8
4 Unterlagen zur Verbotsbefreiung nach § 78 WHG (einkonzentriert)	9
5 Weitere Zulassungen	10
6 Verzeichnisse.....	17
6.1 Glossar.....	17
6.2 Literatur- und Quellenverzeichnis	17

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kreuzung von Gewässern gemäß § 36 WHG (offene Bauweise)	11
Tabelle 2: Kreuzung von Gewässern gemäß § 36 WHG (geschlossene Bauweise)	12
Tabelle 3: Fließgewässer mit offener Gewässerquerung bzw. Fließgewässer mit betroffenen Gewässerrandstreifen.....	13

Anhang- und Anlagenverzeichnis

Anhang 1: Anträge auf Erlaubnis zur Gewässerbenutzung gem. §§ 8 ff. WHG
Anhang 2: Unterlagen zu § 78 WHG
Anhang 3: Unterlagen zur Verbotsbefreiung gem. §§ 52 ff. WHG

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
WG BaWü	Wassergesetz Baden-Württemberg
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
BRPHV	Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz
BauGB	Baugesetzbuch
DMS	Dokumentenmanagementsystem
GrwV	Grundwasserverordnung
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
WG	Wassergesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WSG	Wasserschutzgebiet

1 Einleitung

1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, das als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt E2. Der Planfeststellungsabschnitt E2 umfasst allein Anlagen und Maßnahmen des Vorhabens Nr. 3. Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff. im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung

Das vorliegende Dokument „Teil K02 – Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen“ ist Bestandteil der Unterlagen für die Einreichung des Plans und der Unterlagen nach § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt E2.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokuments ist die Prüfung der Vereinbarkeit von SuedLink (SL) im Planfeststellungsabschnitt E2 mit den wasserrechtlichen Vorgaben aus dem EU-, Bundes- und Länderrecht.

Das vorliegende Dokument ist als übergeordnetes Rahmendokument zu verstehen, das die im Untersuchungsrahmen gem. § 20 NABEG im PFA E2 vom 28.01.2021 der BNetzA gestellten Voraussetzungen für wasserrechtliche Zulassungen beinhaltet bzw. auf weiterführende Dokumente hinweist.

Unter dem allgemeinen Begriff „Zulassungen“ sind Entscheidungen wie Erlaubnisse, Genehmigungen, Befreiungen, Ausnahmen, Duldungen, Gestattungen o.ä. subsumiert.

Das Dokument ist unterteilt in vom Planfeststellungsverfahren einkonzentrierte Entscheidungen und nicht einkonzentrierte Entscheidungen der BNetzA. Alle gesondert notwendigen Anträge für die Entscheidung über nicht einkonzentrierte Entscheidungen und damit die Anträge auf Erlaubnis zur Gewässerbenutzung gem. §§ 8 ff. WHG, über welche die BNetzA zu entscheiden hat, sind diesem Dokumentanhang beigelegt.

Folgende Dokumente weisen Schnittstellen zu dem vorliegenden Dokument sowie dessen Anhängen auf:

1. Unterlage Teil F „UVP-Bericht“
2. Unterlage Teil I „Landespflegerischer Begleitplan“
3. Unterlage Teil J „Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie“
4. Unterlage Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“

5. Unterlage Teil L06.2 „Hydrologisches Fachgutachten“
6. Unterlage Teil L06.3 „Wasserhaltungskonzept“.

1.4 Rechtlicher und fachlicher Rahmen

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und seine untergesetzlichen Regelwerke sowie die jeweils einschlägigen landesrechtlichen Bestimmungen bilden den rechtlichen und fachlichen Rahmen für die erforderlichen wasserrechtlichen Zulassungen im Rahmen von SuedLink.

In diesem Dokument wird unterschieden zwischen:

- den nicht in das Verfahren einkonzentrierten Entscheidungen nach §§ 8 WHG auf Basis eines eigenen Antrags sowie
- den einkonzentrierten Entscheidungen, etwa nach §§ 52 ff. WHG und § 78 WHG auf Basis von beigebrachten Unterlagen zu Verbotsbefreiungen.

Neben den gesetzlichen Anforderungen sind die jeweiligen im Untersuchungsrahmen gelisteten (abschnittsspezifischen) Anforderungen zu berücksichtigen.

- Anforderungen nach §§ 8 WHG
Gemäß § 8 WHG bedarf die Benutzung eines Gewässers im Sinne des § 9 WHG einer Erlaubnis. Unter Gewässerbenutzung versteht sich die direkte Nutzung z.B. Entnahme von Oberflächen- und Grundwasser sowie Handlungen, die sich potenziell auf den Wasserhaushalt auswirken können, u.a.:
 - Entnahme von Grundwasser
 - Absenken von oberirdischen Gewässerkörpern
 - Einbringen und Einleiten von Stoffen (u.a. Bauwasser und ggfls. Niederschlagswasser) in Oberflächengewässer und in das Grundwasser z.B. Versickerung
- Anforderungen nach §§ 27 ff. WHG
Gemäß §§ 27 ff. WHG sind oberirdische Gewässer wie Bäche und stehende Gewässer so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung (Verschlechterungsverbot) ihres ökologischen und chemischen Zustands vermieden wird, ein guter ökologischer und chemischer Zustand erhalten bleibt und die Bewirtschaftungsziele zukünftig erreicht werden (Verbesserungsgebot)
Die zur Beurteilung einkonzentrierter Zulassungen im Rahmen der Planfeststellung nach §§ 27 ff. WHG notwendigen Informationen sind dem Teil J „Fachbeitrag EU-Wasserrahmenrichtlinie“ zu entnehmen.
- Anforderungen nach § 36 WHG
Gemäß § 36 WHG sind Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern so zu errichten, zu unterhalten, zu betreiben und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässeränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist.
 - Baden-Württemberg: § 28, WG BaWü

Die zur Beurteilung von Zulassungen im Rahmen der Planfeststellung nach § 36 WHG notwendigen Informationen sind u.a.:

1. Ortsangabe,
 2. Anlagen- und Gewässerbeschreibung,
 3. Beschreibung einer möglichen Wirkungsweise der Anlage auf das jeweilige oberirdische Gewässer sowie
 4. Kommentare zur landesrechtlichen Prüfung.
- Anforderungen nach § 38 WHG
 - Anforderungen nach § 47 WHG

Gemäß § 47 WHG ist das Grundwasser so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und chemischen Zustands vermieden wird, Trends anhaltender Schadstoffkonzentration auf Grund menschlicher Tätigkeiten umgekehrt werden (Trendumkehrgebot).

Die zur Beurteilung von einkonzentrierter Zulassungen im Rahmen der Planfeststellung nach § 47 WHG notwendigen Informationen sind dem Teil J „Fachbeitrag EU-Wasserrahmenrichtlinie“ zu entnehmen.

- Anforderungen nach § 52 WHG
- Anforderungen nach § 78 WHG

1.5 Datengrundlagen

Schnittstellen zu anderen Unterlagen mit Relevanz zu K02 sind:

- Teil C01 „Technik und Trassierung“
- Teil J „Fachbeitrag EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL)“
- Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ zu Grundwasser / Wasserschutzgebieten,
- Teil L06.2 „Hydrologisches Fachgutachten“ zu Gewässer / Oberflächenwasser,
- Teil L06.3 „Wasserhaltungskonzept“

2 Anträge zur Gewässerbenutzung nach §§ 8 ff. WHG (nicht in das Planfeststellungsverfahren einkonzentriert)

Eine Erlaubnis zur Benutzung eines Gewässers gem. § 9 WHG kann nach § 12 WHG nur erteilt werden, wenn schädliche, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässeränderungen gem. § 3 Nr. 10 WHG vermieden werden können und andere Anforderungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfüllt sind.

Auf die Voraussetzung für die Erteilung einer Erlaubnis wird in § 12 Abs. 1 WHG hingewiesen.

Für jede Erlaubnis ist ein eigener Antrag zu stellen, für den im Rahmen der Planfeststellung nach § 21 NABEG eine separate Entscheidung der BNetzA zu erfolgen hat.

Die entsprechenden Anträge zur Gewässerbenutzung sind diesem Dokument im Anhang 01 beigelegt.

Folgende länderspezifischen Gesetzesvorgaben sind zusätzlich zu berücksichtigen:

- § 14 WG BaWü

Wesentliche Grundlage für die Erstellung der Antragsunterlagen stellt der Teil L06.3 – Wasserhaltungskonzept dar. Das Fachgutachten Teil L06.3 greift außerdem auf die Angaben zur Hydrogeologie des Fachgutachtens Teil L06.1 und zur Hydrologie des Fachgutachtens Teil L06.2 zurück

In den Anträgen des Anhangs 1 werden die wesentlichen Angaben des Teils L06.3 zusammenfassend kurz dargestellt.

Die Anträge beinhalten neben einer einführenden Beschreibung der vorgesehenen Bau- und Maßnahmen Methoden zur Entwässerung, angewandte Bemessungsgrundlagen und Berechnungsmethoden, meteorologische, hydrologische und geologische Daten, das Überwachungskonzept (Monitoring) sowie Details ggf. zu:

1. Orte der Wasserentnahme in kartographischer Darstellung,
2. Orte der Wassereinleitung in kartographischer Darstellung,
3. Begründung der Entnahme/Einleitung und detaillierte Beschreibung der für die Entnahme ursächliche Maßnahme inklusive Angaben zur technischen Ausführung nach Maßgabe der Hinweise für die Planfeststellungen (Referenzierung gem. Dokumentenvorgabe: BNetzA, 2018, siehe Untersuchungsrahmen),
4. maximale Entnahme- und Einleitungsmengen,
5. voraussichtlicher Zeitpunkt und Dauer der Entnahme/Einleitung,
6. voraussichtliche Größe des Absenkebeckens bei Entnahme,
7. mögliche Verunreinigungsgrade des entnommenen und eingeleiteten Wassers,
8. Vorbehandlungsweisen vor der Wassereinleitung sowie ggf. Maßnahmen,
9. Zwischenlagerung und
10. Darstellung evtl. nachteiliger Auswirkungen durch Entnahme und Einleitung von Wasser, z.B. auf Ober- und Unterlieger, Ausspülungen in der Gewässersohle oder Veränderungen aufgrund von Trübung oder Stoffeintrag.

3 **Unterlagen zur Verbotsbefreiung nach §§ 52 ff. WHG (einkonzentriert)**

Gemäß § 52 Abs. 1 WHG und den ortsspezifisch geltenden Schutzgebietsverordnungen können in Wasserschutzgebieten und gemäß § 53 WHG für Heilquellenschutz bestimmte Handlungen verboten sein oder für nur eingeschränkt zulässig erklärt werden. Folgende länderspezifischen Verbote kommen zur Anwendung

- § 96 WG Baden-Württemberg
- § 45 WG Baden-Württemberg
- Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG kann von den Verboten eine Befreiung erteilt werden. Die zur Beurteilung der in die Planfeststellung einkonzentrierten Verbotsbefreiungen notwendigen Informationen sind Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ zu entnehmen, u.a.:

1. Ortsangabe,
2. Wirkungszusammenhang,
3. verbotsrechtliche Relevanz in Bezug auf den Bundes- und Länderspezifischen Gesetzesrahmen und
4. Angabe über Notwendigkeit einer Verbotsbefreiung in Bezug auf die durchzuführenden Baumaßnahmen.

Entsprechende Befreiungen sind im Hinblick auf die folgenden Sachverhalte erforderlich und mit dem Planfeststellungsbeschluss zu erteilen:

- Anlagen oder wesentliches Erweitern von Erdaufschlüssen, wenn dadurch Grundwasser angeschnitten wird oder die Deckschichten wesentlich gemindert werden
- Bohrungen oder sonstige Maßnahmen zum Erschließen von Grundwasser

Die Voraussetzungen für die Erteilung der jeweiligen Befreiung im Einzelnen sind im Anhang 03 dargestellt.

4 Unterlagen zur Verbotsbefreiung nach § 78 WHG (einkonzentriert)

In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach §§ 30, 33, 34 und 35 BauGB gemäß § 78 Abs. 4 Satz 1 WHG untersagt.

Das Verbot gilt gemäß § 78 Abs. 8 WHG auch in vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten.

Die zuständige Behörde kann gemäß § 78, Abs. 5, Satz 1 WHG abweichend davon die Errichtung einer baulichen Anlage im Einzelfall unter den im Gesetz gelisteten Voraussetzungen zulassen, wenn

1. die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
2. der Wasserstand und der Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert werden,
3. der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird und
4. das Vorhaben hochwasserangepasst ausgeführt wird;

oder die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden.

Die folgenden länderspezifischen gesetzlichen Vorgaben sind zu berücksichtigen:

- Baden-Württemberg: § 65 WG BaWü

Die zur Beurteilung der in die Planfeststellung einkonzentrierten Zulassungen nach § 78 WHG notwendigen Informationen sind Anhang 02 zu entnehmen, u.a.:

1. Ortsangaben,
2. Beschreibung der Anlage,
3. Referenz zur Gefahren- und Risikokarte,
4. Zuständige Zulassungsbehörde.

Entsprechende Ausnahmezulassungen sind im Hinblick auf die folgenden Sachverhalte erforderlich und mit dem Planfeststellungsbeschluss zu erteilen:

Aushebung des Kabelgrabens, die Anlage von temporären Baustraßen und Erdmieten sowie die Anlage von BE-Flächen innerhalb des ausgewiesenen Hochwasser-/Überschwemmungsgebiets (ÜSG Tauber I) sowie des HQ100-Überschwemmungsgebiets der Tauber.

Die Voraussetzungen für die Erteilung der jeweiligen Zulassung im Einzelnen sind in Anhang 02 dargestellt.

5 Weitere Zulassungen

Weitere Anforderungen, welche sich aus dem jeweiligen Untersuchungsrahmen ergeben sind:

- Anforderungen nach § 36 WHG und § 28 WG Baden-Württemberg

Gemäß § 36 WHG bzw. § 28 WG BW sind Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern so zu errichten, zu unterhalten, zu betreiben und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässeränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist.

Anlagen im Sinne von § 36 WHG Satz 1 sind insbesondere auch Leitungsanlagen. Demnach stellen die vorhabenbedingten Kreuzungen von oberirdischen Gewässern einen wasserrechtlichen Tatbestand im Sinne des § 36 WHG dar, für die gemäß WHG bzw. Wassergesetz Baden-Württemberg eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen bzw. ein wasserrechtliches Verfahren durchzuführen ist.

Oberirdische Gewässer werden im Rahmen des Vorhabens in geschlossener sowie in offener Bauweise gekreuzt (Details zur Bauausführung sind dem Teil C01-Technik und Trassierung zu entnehmen). In Tabelle 1 und Tabelle 2 sind alle Gewässer I. und II. Ordnung aufgelistet, die vom Vorhaben gekreuzt werden.

Gemäß Teil L06.2-hydrologisches-Fachgutachten sowie Teil F-UVP sind betriebsbedingte Auswirkungen des Vorhabens bzw. der Anlage auf die gekreuzten Gewässer auszuschließen.

Im Rahmen der geschlossenen Bauweise sind baubedingt ebenfalls keine Auswirkungen zu erwarten. Im Rahmen der offenen Bauweise werden mögliche temporäre Auswirkungen durch geeignete Schutzmaßnahmen vermieden bzw. gemindert, sodass nur geringe Auswirkungen, auf wenige Tage beschränkt, zu erwarten sind (siehe Teil L06.2-hydrologisches-Fachgutachten sowie Teil F-UVP).

Es ist demnach keine dauerhafte, schädliche Gewässeränderungen zu erwarten. Weiterhin wird die Gewässerunterhaltung durch das Vorhaben nicht erschwert.

Tabelle 1: Kreuzung von Gewässern gemäß § 36 WHG (offene Bauweise)

Gewässer	Ordnung	Lage (km)	Gemeinde	Gemarkung	Flurstück
Zwölfmorgengraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	8+400	Großrinderfeld	Großrinderfeld	18350
Ünsgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	8+900	Großrinderfeld	Großrinderfeld	18312
Linsenkreuzgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	9+400-9+600	Großrinderfeld	Großrinderfeld	18289
Oberlaudaer Bach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	22+800	Lauda-Königshofen	Oberlauda	8194/1
Pühlferstalbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	25+300-25+700	Lauda-Königshofen	Heckfeld	10857
Kalter Grund	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	27+500-27+900	Boxberg	Kupprichhausen	2710/1
Osterlochgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	29+700	Boxberg	Uiffingen	4048
Lüssleteich	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	31+200	Boxberg	Uiffingen	4801/2
Kessach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	38+250	Ahorn	Schillingstadt	860
Haaggraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	41+600	Ravenstein	Oberwittstadt	2011
Königsgrund	G.II.O.-von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung	45+330	Ravenstein	Hüngheim	6079
Langenackergraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	46+500-46+700	Ravenstein	Merchingen	2320
Eßbachgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	47+250	Ravenstein	Merchingen	2231
Hackgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	49+080-49+500	Ravenstein	Merchingen	3202
Brühlgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	53+550	Schöntal	Oberkessach	1779
Heiligenklinge	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	54+300-54+400	Schöntal	Oberkessach	1974
Hahnengraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	55+100-55+610	Widdern	Unterkessach	885
NN-RE2	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	59+250-59+650	Möckmühl	Korb	634
Seehofer Schluchtbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	65+150-65+550	Neudenaу	Siglingen	220
Kressbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	70+400-70+700	Neudenaу	Siglingen	148

Tabelle 2: Kreuzung von Gewässern gemäß § 36 WHG (geschlossene Bauweise)

Gewässer	Ordnung	Lage (km)	Gemeinde	Gemarkung	Flurstück
Gerchsheimer Graben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	3+530 und KM4+810	Großrinderfeld	Gerchsheim	7725
Lüssenbrunnleingraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	7+220	Großrinderfeld	Großrinderfeld	18413
Tiefenbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	7+900	Großrinderfeld	Großrinderfeld	18359
Ünsgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	8+900	Großrinderfeld	Großrinderfeld	18312
Rötensteingraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	13+630	Grünsfeld	Grünsfeld	8829
Fuchsgaben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	13+800	Grünsfeld	Grünsfeld	8895
Tauber	G.I.O. (WG § 4, Anlage 1)	18+000	Lauda-Königshofen	Lauda	1692
Muckbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	24+700	Lauda-Königshofen	Heckfeld	10986
Schüpfbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	27+120	Boxberg	Kupprichhausen	5762
Osterlochgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	29+700	Boxberg	Uiffingen	4048
Umpfer	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	30+560	Boxberg	Uiffingen	733/1
Eubigheimer Talbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	32+440	Boxberg	Uiffingen	6109
Berolzheimer Kästlein	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	37+400	Ahorn	Berolzheim	77/10
Kessach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	44+690	Ravenstein	Hüngheim	6944
Knockgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	48+130	Ravenstein	Merchingen	3111
NN-OO3	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	51+980	Schöntal	Oberkessach	1485
NN-ED3	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	52+200	Schöntal	Oberkessach	1470
Brühlgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	53+300	Schöntal	Oberkessach	1803
Eberklinge	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	56+710	Widdern	Unterkessach	1167
NN-EW6	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	58+260	Möckmühl	Korb	653
NN-RE2	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	59+620	Möckmühl	Korb	1759
Hergstbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	59+640	Möckmühl	Korb	1752
Seckach	G.I.O. (WG § 4, Anlage 1)	62+670	Möckmühl	Möckmühl	5991
Brünnlesgraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	63+070	Möckmühl	Möckmühl	5934
Jagst	G.I.O. (WG § 4, Anlage 1)	68+460	Neudenaу	Siglingen	155
Kocher	G.I.O. (WG § 4, Anlage 1)	74+340	Oedheim	Oedheim	10318
Weiergraben	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	75+740	Oedheim	Degmarn	2871
Merzenbach	G.II.O.-von wasserwirtschaftlicher Bedeutung	77+310	Oedheim	Oedheim	11241

- Anforderungen nach § 38 WHG
Gewässerrandstreifen sind mit den in § 38 WHG Abs. 4 gelisteten Verboten belegt. Abweichend davon sind die folgenden länderspezifischen gesetzlichen Rahmenbedingungen anzuwenden:
- § 29 WG Baden-Württemberg

„Der Gewässerrandstreifen umfasst das Ufer und den Bereich, der an das Gewässer landseits des Mittelwasserstandes angrenzt“ (§ 38 Abs. 2 WHG). Im Außenbereich ist der Gewässerrandstreifen zehn Meter breit, im Innenbereich fünf Meter (§ 29 Abs. 1 WG BW). Die Abgrenzung zwischen Außen- und Innenbereich ergibt sich aus den §§ 30 bis 35 Baugesetzbuch (BauGB).

Gewässer I. Ordnung sowie Gewässer von besonderer Bedeutung (hochwertiger ökologischer, gewässermorphologischer Zustand, etc.) einschließlich Stillgewässer werden in geschlossener Bauweise unterfahren bzw. umgangen. Bauliche Einrichtungen sind in Ufernähe ebenfalls nicht vorgesehen.

Bei offenen Gewässerquerungen von Gewässern II. Ordnung werden temporär Flächen des Gewässerrandstreifen beansprucht. In diesem Bereich verfügen die im PFA E2 betroffenen Gewässer allerdings häufig nicht über einen funktionsfähigen Gewässerrandstreifen, da dieser landwirtschaftlich genutzt wird und zum Teil mit Feldwegen verbaut ist. Des Weiteren können Gewässerrandstreifen auch im Zuge der Errichtung von Zuwegungen temporär betroffen sein. Wie im Bereich von offenen Gewässerquerungen, verfügen die im PFA E2 betroffenen Fließgewässer häufig nicht über einen funktionsfähigen Gewässerrandstreifen.

Es werden keine standortgerechten Bäume oder Sträucher entfernt und keine wasergefährdenden Stoffe im Zuge der Bauausführung verwendet. Es werden keine Gegenstände gelagert, die den Wasserabfluss beeinträchtigen könnten. Die Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten wieder rekultiviert. Demnach besteht kein wasserrechtlicher Tatbestand, der gegen § 38 Abs. 4 WHG verstößt.

In Tabelle 3 werden alle Fließgewässer, welche von einer offenen Gewässerquerung betroffen sind bzw. Fließgewässer bei welchen Gewässerrandstreifen aufgrund vorhabenbedingter Eingriffe tangiert werden aufgelistet.

Tabelle 3: Fließgewässer mit offener Gewässerquerung bzw. Fließgewässer mit betroffenen Gewässerrandstreifen.

Fließgewässer mit betroffenen Gewässerrandstreifen	Lage	Vorhabenbedingter Eingriff	Biotoptyp	Ufergehölzsaum
Hirschenklinge	3+400	Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben (12.63)	Nicht betroffen
Gerchsheimer Graben	3+420-5+100, 5+400-6+200, 9+400-10+100	Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Mäßig ausgebauter Bachabschnitt (12.21)	Nicht betroffen
Welschgraben	4+500-4+850	Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben (12.63)	Nicht vorhanden

Fließgewässer mit betroffenen Gewässerrandstreifen	Lage	Vorhabenbedingter Eingriff	Biotoptyp	Ufergehölzsaum
Lüssenbrunnleingraben	7+220	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben (12.63)	Nicht betroffen
Zwölfmorgengraben	8+400	Offene Gewässerquerung	Trockengraben 12.63	Nicht vorhanden
Ünsgraben	8+900	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens, offene Gewässerquerung	Trockengraben 12.63	Nicht vorhanden
Linsenkreuzgraben	9+400-9+600	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Graben (12.60)	Nicht betroffen
Herzesschwanzgraben	9+700	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben 12.63	Nicht betroffen
Schindgraben	10+350	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben 12.63	Nicht vorhanden
Oberlaudaer Bach	22+800	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben (12.61)	Nicht betroffen
Pühlferstalbach	25+300-25+700	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Graben 12.60	Nicht vorhanden
Kalter Grund	27+500-27+900	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben (12.63)	Nicht betroffen
Kirchäckergraben	28+600-28+800; 30+300	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Graben 12.60	Nicht betroffen
Osterlochgraben	29+600-29+900	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens, offene Gewässerquerung	Mäßig ausgebauter Bachabschnitt (12.21)	Nicht betroffen
Lüssleteich	31+200	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben 12.61	Nicht vorhanden
Eubigheimer Talbach	32+300	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben (12.61)	Nicht vorhanden

Fließgewässer mit betroffenen Gewässerrandstreifen	Lage	Vorhabenbedingter Eingriff	Biotoptyp	Ufergehölzsaum
Vohberggraben	34+600	Arbeitsstreifen	Bewässerungsgraben (12.62)	Nicht betroffen
Berolzheimer Kästlein	35+300-35+400; 37+000-37+250	Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben (12.61)	Nicht betroffen
Kessach	38+250	offene Gewässerquerung, Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben (12.61)	Nicht betroffen
Haaggraben	41+600	Offene Gewässerquerung	Trockengraben 12.63	Nicht vorhanden
Königsgrund	45+330	Offene Gewässerquerung	Graben 12.63	Nicht betroffen
Langenackergraben	46+500-46+700	Offene Gewässerquerung	Graben 12.63	Nicht vorhanden
Eßbachgraben	47+250	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben (12.63)	Nicht vorhanden
Hackgraben	49+080-49+500	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben 12.61	Nicht vorhanden
Pfaffengraben	51+450	Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben (12.61)	Nicht vorhanden
NN-OO3	51+450-52+200	Arbeitsstreifen, Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben (12.61)	Nicht betroffen
NN-ED3	52+350-52+450	Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben (12.63)	Nicht betroffen
Brühlgraben	53+550	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben 12.63	Nicht vorhanden
NN-BK7	53+550-54+100	Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Graben (12.60)	Nicht vorhanden
Heiligenklinge	54+300-54+400	Offene Gewässerquerung	Trockengraben 12.63	Nicht vorhanden
NN-MR5	54+800-55+100	Zuwegungsausbau im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben (12.61)	Nicht betroffen
Hahnengraben	55+100-55+610	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausbau im	Entwässerungsgraben 12.61	Nicht vorhanden

Fließgewässer mit betroffenen Gewässerrandstreifen	Lage	Vorhabenbedingter Eingriff	Biotoptyp	Ufergehölzsaum
		Bereich des Gewässerrandstreifens		
NN-UD6	57+100-57+700	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Graben (12.60)	Nicht betroffen
NN-EW6	58+250	Arbeitsstreifen, Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben (12.63)	Nicht betroffen
NN-RE2	59+250-59+650	Offene Gewässerquerung, Arbeitsstreifen	Trockengraben (12.63); Naturnaher Abschnitt eines Mittelgebirgsbaches (12.11);	Nicht betroffen
Rotklinge	61+280	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Trockengraben (12.63)	Nicht betroffen
Seehofer Schluchtbach	65+150-65+550	Offene Gewässerquerung, Arbeitsstreifen	Trockengraben (12.63)	Nicht betroffen
NN-NQ4	65+900	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Graben (12.60)	Nicht betroffen
Kressbach	70+400-70+700	Offene Gewässerquerung, Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Mäßig ausgebauter Bachabschnitt (12.21)	Nicht betroffen
Lobenbach	72+300	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Entwässerungsgraben (12.61)	Nicht betroffen
Weihergraben	75+750	Zuwegungsausba im Bereich des Gewässerrandstreifens	Mäßig ausgebauter Bachabschnitt (12.21)	Nicht betroffen

6 Verzeichnisse

6.1 Glossar

Keine Einträge vorhanden

6.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

BauGB Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

BNatSchG Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist

BRPH Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz (Anlage zur Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz) vom 19. August 2021 (BGBl. I S. 3712)

BRPHV Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz vom 19. August 2021

NABEG Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 298) geändert worden ist

SchALVO Verordnung des Umweltministeriums über Schutzbestimmungen und die Gewährung von Ausgleichsleistungen in Wasser- und Quellenschutzgebieten (Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung - SchALVO) vom 20. Februar 2001 (GBl. 2001, 145, ber. S. 414), die zuletzt mehrfach durch Artikel 15 des Gesetzes vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 389, 444) geändert worden ist.

WG Wassergesetz für Baden-Württemberg vom 3. Dezember 2013 (GBl. 2013, 389), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (GBl. S 1233) geändert worden ist

WHG Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist.